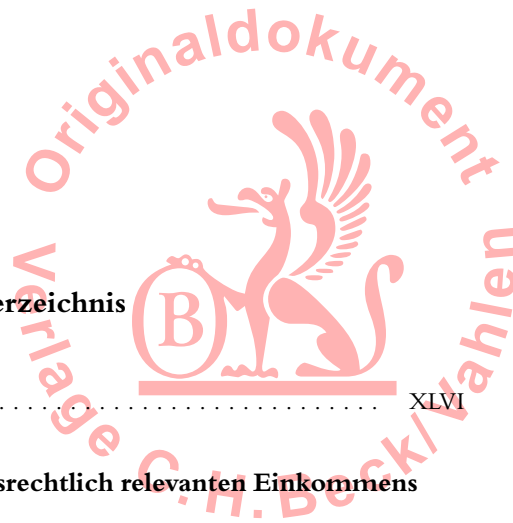


Inhaltsverzeichnis



Abkürzungsverzeichnis XLVI

§ 1 Die Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens

	Rn.
1. Abschnitt: Überblick und Grundlagen	
I. Der Unterhaltsanspruch	
1. Unterhaltsberechtigungen	1
2. Struktur des Unterhaltsanspruchs	2
3. Prüfungsschema	2 a
4. Höhe des Unterhalts und Zahlungsweise	2 b
5. Härteregelungen	2 d
6. Unterhalt und Sozialhilfe	2 e
7. Gerichtliches Verfahren	2 f
II. Zu den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	
1. Die Bedeutung von Tabellen und Leitlinien in der Praxis	3
2. Düsseldorfer Tabelle zum Unterhaltsbedarf	6
3. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zum Unterhaltsrecht	7
III. Zum anrechenbaren monatlichen Nettoeinkommen	8
1. Grundsatz der unterschiedslosen Erfassung aller Einkünfte aus allen Einkommensarten	9
2. Zur Berechnung des anrechenbaren Nettoeinkommens	10
3. Zum monatlichen Nettoeinkommen	11
4. Zur Berücksichtigung von Abfindungen und einmaligen höheren Zuwendungen	16
IV. Unterschiedliche Berücksichtigung der Einkünfte bei der Berechnung des Kindesunterhalts und des Ehegattenunterhalts	
1. Berücksichtigung der Einkünfte beim Kindesunterhalt	18
2. Berücksichtigung der Einkünfte beim Ehegattenunterhalt	20
3. Zusammenfassendes Ergebnis	27
V. Ermittlung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte anhand steuerrechtlicher Unterlagen	
1. Darlegung der Parteien zum unterhaltsrechtlich relevanten Einkommen ..	28
2. Richterliche Ermittlung unterhaltsrechtlich relevanter Einkünfte und Vorlage von Unterlagen	31
3. Unterhaltsrechtliche Relevanz steuerrechtlich erfasster Einkünfte	33
4. Steuerrechtliche und unterhaltsrechtliche Einkunftsarten	37
5. Gliederung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte	40
2. Abschnitt: Einkünfte aus abhängiger Arbeit sowie Nebeneinkünfte und Lohnersatzleistungen bei oder nach einem bestehenden Arbeitsverhältnis	
I. Überblick	
1. Bruttoeinnahmen und berufsbedingte Aufwendungen	46
2. Nicht berufsbedingte Aufwendungen	49

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn.
II. Der Prüfungszeitraum	50
III. Typische Bruttoeinnahmen	
1. Barbezüge aller Art	55
2. Zweckbestimmte Entgelte für berufsbedingte Mehraufwendungen wie Spesen, Reisekosten und Auslösungen	56
3. Die Leitlinien zu den Spesen, Reisekosten, Auslösen	63
4. Vergütungen und Zuschläge für Überstunden, Mehrarbeit, Urlaubsabgeltung und sonstige überobligationsmäßige Belastungen, wie bei Zuschlägen für Schicht-, Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit sowie bei Zulagen für Schmutz-, Schwer- und Schwerstarbeit	64
5. Sachbezüge, d. h. zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers, die in einem geldwerten Vorteil bestehen	69
6. Einmalige Zahlungen und Sonderzuwendungen wie z. B. Abfindungen ..	71
7. Einkünfte aus Nebentätigkeiten und sonstiger Zweitarbeit neben einer hauptberuflichen Tätigkeit	74
8. Sozialleistungen mit Lohnersatzfunktion	80
IV. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen	
1. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen als Abzugsposten	87
2. Zur Pauschalierung berufsbedingter Aufwendungen	89
3. Konkrete Bemessung berufsbedingter Aufwendungen	95
4. Berechnung von Fahrtkosten	96
5. Zusammenstellung weiterer berufsbedingter oder ausbildungsbedingter Aufwendungen	102
6. Berufsbedingte Aufwendungen, für die Zulagen oder ähnliche Entgelte gezahlt werden	109
3. Abschnitt: Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Betriebs- vermögensvergleich	
I. Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten	110
II. Überblick zum Personenkreis und zur Einkommensermittlung	
1. Zum Personenkreis	112
2. Umfang der Einkünfte aus Gewerbebetrieb	113
3. Gesetzliche Grundlagen der Gewinnermittlung	116
4. Ausnahmeregelungen	118
III. Der Jahresabschluss	
1. Handelsbilanz	119
2. Steuerbilanz	124
3. Gewinn- und Verlustrechnung	126
IV. Die Doppelte Buchführung	
1. Vorbemerkung	128
2. Grundzüge der doppelten Buchführung	129
3. Buchungen auf Bestandskonten	133
4. Buchungen auf Erfolgskonten	137
5. Die Gewinn- und Verlustrechnung	139
6. Das Privatkonto oder das Variable Kapitalkonto	141
7. Entwicklung des Jahresabschlusses aus der Buchführung	145
V. Die steuerliche Behandlung des Anlagevermögens	
1. Definition	147
2. Arten des Anlagevermögens	148

Inhaltsverzeichnis § 1

Inhalt

	Rn.
3. Anschaffungskosten in der Bilanz	149
4. Absetzung für Abnutzung in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	150
5. Lineare AfA	154
6. Degressive AfA	155
7. Sonderabschreibungen und Ansparrücklage	156
8. Sofortabschreibung bei geringwertigen Wirtschaftsgütern	158
9. Veräußerungserlöse	159
10. Finanzierung	160
11. Investitionszulagen	161
12. Investitionszuschüsse	161 a
VI. Unterhaltsrechtlich relevante Merkmale der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	
1. Periodengerechte Gewinnermittlung	162
2. Wareneinkauf, Bestandsveränderungen und Inventur	173
3. Betriebsvermögen	175
VII. Entnahmen und Einlagen	
1. Entnahmen	176
2. Einlagen	182
4. Abschnitt: Sonstige Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung und nach Durchschnittssätzen sowie das Einkommen von Personengesellschaften	
I. Einnahmen-Überschuss-Rechnung	
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	183
2. Methode der Gewinnermittlung	186
3. Steuerliche Unterlagen	188
4. Unterschiede zur Gewinn- und Verlustrechnung	190
II. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	
1. Zum Personenkreis und zur Einkommensermittlung	199
2. Die Ermittlung der Durchschnittssätze	200
III. Einkommensermittlung durch Schätzung	202
IV. Wechsel der Gewinnermittlungsart	203
V. Ermittlung des Einkommens aus Beteiligung an Gesellschaften	
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	204
2. Gesonderte und einheitliche Gewinnfeststellung bei Mitunternehmerschaften	206
3. Betriebsverpachtung und Betriebsaufspaltung	208
5. Abschnitt: Gewinneinkünfte im Unterhaltsrecht	
I. Vorbemerkung	
1. Verwertbarkeit steuerlicher Einkommensermittlung im Unterhaltsrecht ..	209
2. Vorbehalt der Nachprüfung	211
3. Steuerliche Außenprüfung (Betriebsprüfung)	212
4. Steuerhinterziehung	213
II. Steuerrechtlich und unterhaltsrechtlich irrelevante Aufwendungen	214

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn.
III. Unterhaltsrechtlich relevante Unterschiede zwischen Gewinn- und Verlustrechnung und Einnahmen-Überschuss-Rechnung	216
IV. Unterhaltsrechtliche Bewertung der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen und durch Schätzung	
1. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	218
2. Steuerliche Gewinnschätzungen	219
3. Einkünfte des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH	219 a
V. Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und der Einnahmen-Überschussrechnung nach unterhaltsrechtlichen Kriterien	
1. Erträge/Einnahmen	220
2. Aufwand/Betriebsausgaben	232
VI. Bilanzposten in unterhaltsrechtlicher Betrachtung	
1. Vorbemerkung	263
2. Anlagevermögen	264
3. Umlaufvermögen	265
4. Forderungen und Verbindlichkeiten	266
5. Anzahlungen	267
6. Rechnungsabgrenzungsposten	268
7. Rückstellungen und Rücklagen	269
8. Wertberichtigungen	271
9. Kapital	272
10. Privatentnahmen und Privateinlagen	273
11. Investitionszulagen und Investitionszuschüsse	273 a
VII. Aufwandsverteilung statt Wertverzehr	
1. Aufwandsverteilung statt Wertverzehr	273 b
2. Unterhaltsrechtliche Auswirkung bei der Anschaffung von Anlagevermögen bei Aufwandsverteilung	273 c
VIII. Berechnung des unterhaltsrechtlichen Einkommens	
1. Prüfungszeitraum	274
2. Berücksichtigung von Verlusten aus anderen Wirtschaftsjahren	274 a
3. Berücksichtigung außerbetrieblicher Aufwendungen	275
4. Berücksichtigung des Übergangsgewinns beim Wechsel der Gewinnermittlungsart	275 a
IX. Auskunfts- und Belegpflichten	
1. Allgemeines	276
2. Besonderheiten des Auskunftsanspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen	277
3. Besonderheiten des Beleganspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen	279
4. Besonderheiten bei Personengesellschaften	284
5. Auskünfte von Land- und Forstwirten	285
6. Auskunftspflichten bei Schätzungen	286
X. Alternative Methoden der Einkommensermittlung	
1. Entnahmen als Grundlage der Einkommensermittlung	287
2. Cash flow	291

6. Abschnitt: Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus einem Wohnvorteil	
I. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	
1. Zur Einkunfts- und Gewinnermittlungsart	293
2. Einnahmen	296
3. Abziehbare Ausgaben	298
4. Verluste	302
5. Zurechnung von Mieteinnahmen aus einem gemeinsamen Objekt und fiktive Mieteinnahmen aus unterlassener zumutbarer Vermietung	303
6. Eigene Mietkosten	310 a
II. Der Wohnvorteil beim Wohnen im eigenen Haus	
1. Der Wohnvorteil als unterhaltsrechtlich zu berücksichtigender Vermögensvorteil	311
2. Die unterhaltsrechtliche Bewertung des Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	314
3. Eigenheimzulage	331
4. Abziehbare Hauslasten, Instandhaltungskosten und Annuitätsleistungen vom Wohnwert	334
5. Abzug von Hausschulden, die den Wohnwert übersteigen, vom sonstigen Einkommen	354
6. Nutzungsentschädigung	362 a
7. Unterhaltsrechtliche Auswirkungen eines Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	365
8. Wohnvorteil und Unterhalt nach Veräußerung des Familienheims	382
9. Unterhaltsrechtliche Auswirkungen des Wohnwertes beim Verwandtenunterhalt	396
7. Abschnitt: Einkünfte aus Vermögen, Verwertung des Vermögensstammes und fiktive Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung bzw. unterlassener Verwertung des Vermögensstammes	
I. Einkünfte aus Vermögen	
1. Vermögenserträge	403
2. Anrechnung von Vermögenseinkünften	404
3. Ermittlung der Vermögenserträge	407
4. Einkünfte aus Kapitalvermögen	408
5. Einkünfte aus Grundstücken	409
II. Zur Verwertung des Vermögensstammes	
1. Obliegenheit zur Verwertung des Vermögensstammes auf Grund einer Billigkeitsabwägung	410
2. Verwertung des Vermögensstammes des Berechtigten beim nachehelichen Unterhalt; § 1577 III BGB	411
3. Verwertung des Vermögensstammes des Berechtigten beim Trennungunterhalt	414
4. Vermögensverwertung beim Verpflichteten im Rahmen von Ehegattenunterhalt; § 1581 S. 2 BGB	417
5. Vermögensverwertung beim Kindesunterhalt	419
6. Vermögensverwertung beim Elternunterhalt	421 a
7. Vermögensverwertung beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt	422
8. Verwertung von Grundstücken	423
9. Verwertung des ausgezahlten Kapitals einer Lebensversicherung	424 a

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn.
III. Zurechnung fiktiver Erträge bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung oder Vermögensverwertung	
1. Fiktive Zurechnung erzielbarer Erträge im Rahmen einer Obliegenheit zur Erzielung von Vermögenserträgen oder zur Vermögensverwertung	425
2. Obliegenheiten bei Immobilien	427
3. Obliegenheiten bei Barvermögen, wie Sparguthaben, Zugewinnausgleichzahlungen oder Veräußerungserlösen	428
4. Obliegenheit zur Vermögensumschichtung	429
5. Obliegenheit zur Einziehung von Forderungen, zur Kreditaufnahme und zur Belastung eines Vermögens	432
6. Obliegenheit zur Verwertung von Erbanteilen und Pflichtteilsrechten	434
7. Höhe der fiktiv zurechenbaren Erträge	436
8. Abschnitt: Einkünfte aus Pensionen, Renten und ähnlichen wiederkehrenden Bezügen Nichterwerbstätiger	
1. Allgemeines	438
2. Arten von Versorgungsbezügen und Renten nebst Zulagen und Zuschlägen	439
3. Berücksichtigung von konkretem Mehrbedarf und Mehraufwand	441
4. Berücksichtigung von Nebeneinkünften	447
5. Berücksichtigung eines Rentenanspruchs ab Antragstellung sowie einer Rentennachzahlung	448
9. Abschnitt: Sonstige Einkünfte aus sozialstaatlichen Zuwendungen, freiwilligen Zuwendungen Dritter, Versorgungsleistungen des Berechtigten für seinen neuen Partner, aus Unterhaltsleistungen, Schmerzensgeld sowie nicht anzurechnende Vermögensvorteile	
I. Sozialstaatliche Zuwendungen wie Wohngeld, BAföG, Pflege- und Erziehungsgeld, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen und -geld sowie Leistungen nach §§ 41 ff. SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)	
1. Allgemeines	451
2. Zur Anrechnung von Wohngeld und Eigenheimzulagen	452
3. Zur Anrechnung von BAföG-Leistungen	456
4. Kindergeld und Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	460
5. Pflege- und Erziehungsgeld nach SGB VIII, Pflegegeld für Pflegepersonen nach SGB XI, Pflegegeld nach SGB XII, Leistungen nach dem Stiftungs- und dem Kindererziehungsleistungsgesetz	463
6. Ausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld nach dem Arbeitsförderungsrecht (SGB III = AFG)	467
7. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 ff. SGB XII)	467 a
II. Freiwillige unentgeltliche Zuwendungen eines Dritten	468
III. Zuwendungen eines neuen Partners an den Berechtigten sowie Gegenleistungen des Berechtigten an den neuen Partner	
1. Allgemeines	471
2. Zur Anrechnung von Leistungen des neuen Partners	472
3. Zur fiktiven Anrechnung einer angemessenen Vergütung für Versorgungsleistungen des Unterhaltsberechtigten	474
4. Zur Bemessung der angemessenen Vergütung	476
5. Zur Wohnungsgewährung durch den neuen Partner	478

Inhaltsverzeichnis § 1

Inhalt

	Rn.
IV. Unterhaltsleistungen als anrechnungsfähiges Einkommen	
1. Grundsatz	479
2. Ausnahmen	480
V. Schmerzensgeld	482
VI. Zu den nicht als Einkommen anzurechnenden Geldeinkünften	483
10. Abschnitt: Fiktives Einkommen aus unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit	
I. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Unterhaltsschuldner	
1. Allgemeine Grundsätze	487
2. Leistungsfähigkeit des Verpflichteten bei leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung (oder -verlust) durch Arbeitsaufgabe, Berufswechsel, berufliche Verselbständigung oder sonstige berufliche Veränderung	494
3. Unterhaltsbemessung bei nicht leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung	502
4. Bedarfsbemessung auf der Grundlage von fiktiv zugerechneten Einkünften des Unterhaltspflichtigen	508
5. Arbeitsplatzaufgabe wegen beruflicher Weiterbildung oder Zweitausbildung	513
6. Fiktives Einkommen bei Selbständigen	515
7. Fiktives Einkommen bei Arbeitsplatzverlust infolge von Straftaten, sonstigen Verfehlungen oder Alkoholmissbrauch	516
8. Fiktives Einkommen bei unentgeltlichen oder unterbezahlten Dienstleistungen gegenüber Dritten	518
II. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Berechtigten	
1. Bedürftigkeitsminderung durch Zurechnung fiktiver Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit	519
2. Zumutbaren Erwerbstätigkeiten des Berechtigten	523
III. Ernsthafte Bemühungen um eine Erwerbstätigkeit und reale Beschäftigungschancen	
1. Ernsthafte Bemühungen um eine Arbeitsstelle	527
2. Reale Beschäftigungschance auf dem Arbeitsmarkt	529
3. Darlegungs- und Beweislast zu den Arbeitsbemühungen und zur Beschäftigungschance	531
IV. Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	
1. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit und Pflicht zur Wiederherstellung der Arbeitskraft	532
2. „Rentenneurose“ des Berechtigten	534
V. Bemessung und Dauer der fiktiven Einkünfte	
1. Zur Bemessung fiktiver Einkünfte	536
2. Zur Dauer fiktiver Einkünfte	538
3. Vorsorgeunterhalt	539
11. Abschnitt: Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	
I. Grundsatz	
1. Abgrenzung zumutbare und unzumutbare Tätigkeit	540
2. Erwerbstätigkeit trotz Betreuung kleiner Kinder	543

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn.
II. Zur Anrechnung von Einkommen aus unzumutbarer Tätigkeit beim Berechtigten	
1. Anrechnung nach § 1577 II BGB beim Ehegattenunterhalt	546
2. Anrechnung bei Ehegatten nach altem Recht (§§ 58 ff. EheG)	551
3. Anrechnung bei Kindern	552
III. Anrechnung von Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit beim Verpflichteten	
1. Einkünfte des Verpflichteten aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	554
2. Zur Anrechnung solcher Einkünfte	557
12. Abschnitt: Unterhalt und Einkommensteuer	
I. Einführung	
1. Besteuerung von Ehe und Familie und Grundgesetz	558
2. Unterhaltsrechtliche Relevanz von Steuern	559
3. Steuersätze	560
4. Einkommensteuergesetz, Richtlinien und amtliche Hinweise; Solidaritätszuschlags- und Kirchensteuergesetz; Eigenheimzulage	561
II. Grundbegriffe des Einkommensteuerrechts	
1. Steuerpflicht	562
2. Umfang der Besteuerung und Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	563
3. Überblick über wichtige Abzugsposten	564
4. Die Entstehung und die Höhe der Einkommensteuer	565
5. Vorauszahlungen	566
6. Abzugsteuern	567
III. Besteuerung von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit	
1. Einkommensermittlung	568
2. Lohnsteuerklassen	569
3. Freibeträge	570
IV. Einkommensteuerveranlagung nach steuerrechtlichen Kriterien	
1. Veranlagungsarten im Einkommensteuergesetz	571
2. Einzelveranlagung	572
3. Ehegattenveranlagung	573
4. Verfahren	574
5. Gesamtschuld und Haftungsbeschränkung	575
6. Erstattung von Steuern	576
V. Unterhaltsrechtliche Kriterien für die Steuerveranlagung	
1. Frühere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	577
2. Aktuelle Rechtsprechung	578
3. Zusammenfassung der Grundsätze und Musterberechnungen	579
VI. Die Abzugsfähigkeit von Unterhaltslasten beim Einkommen	
1. Realsplitting	580
2. Unterhaltszahlungen als außergewöhnliche Belastung	581
VII. Berücksichtigung der Steuerbelastung beim unterhaltsrechtlichen Einkommen	
1. Grundlagen	582
2. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	583
3. Bedenken gegenüber dem In-Prinzip als Regel	584
4. Hinweise zur fiktiven Steuerberechnung	585

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn.
VIII. Steuerfragen bei Unterhalt, Zugewinn und Vermögen	
1. Doppelberücksichtigung von Steuerschulden und Forderungen	586
2. Steuerprobleme bei der Übertragung von Einkommensquellen	587
13. Abschnitt: Berechnung des bereinigten Nettoeinkommens durch unterhaltsrechtlich relevante Abzüge	
I. Überblick zu den relevanten Abzügen	
1. Das bereinigte Nettoeinkommen	588
2. Die Abzugsposten im Einzelnen	589
II. Abzug von Steuern	
1. Abzug der tatsächlich angefallenen Steuern	591
2. Wiederverheiratung des Pflichtigen	592
3. Fiktive Berechnung	593
4. Realsplitting	594
5. Zusammenveranlagung	595
III. Abzug von Vorsorgeaufwendungen	
1. Bei Nichtselbständigen	596
2. Bei Selbstständigen und Gewerbetreibenden	598
3. Krankenversicherungs- und Vorsorgeunterhalt	599
IV. Berufsbedingte Aufwendungen	
1. Bei Gewinnermittlung	601
2. Bei Einkünften aus Kapital und Vermietung und Verpachtung	602
3. Bei Renten, Pensionen	603
4. Bei Nichtselbstständigen	604
V. Kinderbetreuungskosten und Betreuungsbonus	
1. Kinderbetreuungskosten	605
2. Betreuungsbonus	606
VI. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für Krankheit, Behinderung und Alter	
1. Mehrbedarf und Mehrbedarfsfälle	607
2. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs	610
VII. Berücksichtigung von Schulden	
1. Zur Problematik der Berücksichtigung von Schulden sowie zu Regelungen in den Leitlinien	614
2. Abzug berücksichtigungswürdiger Schulden bei der Bedarfsermittlung des Ehegattenunterhalts	622
3. Berücksichtigungswürdige Schulden im Rahmen der Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	640
4. Berücksichtigung von Schulden beim Verwandtenunterhalt	642
5. Verbraucherinsolvenz bei Überschuldung	652
VIII. Nur beim Ehegattenunterhalt und sonstigem Verwandtenunterhalt zu berücksichtigende Abzüge	
1. Kindesunterhalt und sonstige vorrangige Unterhaltslasten	655
2. Vermögenswirksame Leistungen des Pflichtigen	659
14. Abschnitt: Der Anspruch auf Auskunft und Vorlage von Belegen	
I. Der Auskunftsanspruch	
1. Allgemeiner Überblick	661

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn.
2. Auskunft beim Ehegattenunterhalt	664
3. Auskunft beim Kindesunterhalt	665
4. Auskunft beim Elternunterhalt	666 a
5. Auskunft beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt (§ 16151 BGB)	666 b
II. Die Auskunftserteilung	
1. Die systematische Aufstellung	667
2. Der Zeitraum	672
3. Die Kosten	673
4. Zur Häufigkeit	674
5. Schadensersatzanspruch bei Verstoß gegen die Auskunftspflicht	676
III. Vorlage von Belegen über das Einkommen	
1. Allgemeines	677
2. Der Umfang der Vorlegungspflicht	678
IV. Die Vollstreckung von Titeln zur Auskunft und zur Vorlage von Belegen	
1. Vollstreckungsfähige Titel	686
2. Die Art der Vollstreckung	689
V. Die eidesstattliche Versicherung	
1. Voraussetzungen	692
2. Die Durchsetzung des Anspruchs	695
VI. Die Verpflichtung zu ungefragten Informationen	
1. Voraussetzungen	696
2. Die Folgen des Verschweigens	699

§ 2 Kindes-, Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt

A. Kindesunterhalt

1. Abschnitt: Grundlagen

I. Entstehung und Dauer des Unterhaltsanspruchs	
1. Eltern-Kind-Verhältnis	1
2. Übersicht über die wichtigsten Anspruchsvoraussetzungen und Einwendungen gegen den Anspruch	2
3. Beginn und Ende des Unterhaltsanspruchs	5
II. Unterhaltsarten	
1. Bar-, Betreuungs- und Naturalunterhalt	8
2. Gleichwertigkeit von Bar- und Betreuungsunterhalt	11
3. Verhältnis des Minderjährigen- zum Volljährigenunterhalt	17
III. Bestimmungsrecht der Eltern	
1. Bestimmungsrecht	21
2. Bestimmungsberechtigung	27
3. Wirksamkeit der Unterhaltsbestimmung	32
4. Prozessuales	38

2. Abschnitt: Bedürftigkeit des Kindes

I. Unvermögen des Kindes, sich selbst zu unterhalten	
1. Nichterwerbspflichtige Kinder	42
2. Ausbildungsbedürftige Kinder	45

Inhaltsverzeichnis § 2

Inhalt

	Rn.
3. Erwerbspflichtige Kinder	48
4. Erwerbspflicht des Kindes trotz Schwangerschaft oder Betreuung eines eigenen Kindes	50
II. Ausbildungsunterhalt	
1. Ausbildungsanspruch	56
2. Berufswahl	59
3. Ausbildungsverpflichtungen des Kindes und Ausbildungsdauer	65
4. Finanzierung einer Zweitausbildung	73
5. Weiterbildung, insbesondere Studium nach einer praktischen Ausbildung	78
III. Einkommen und Vermögen des Kindes	
1. Anrechenbare Einkünfte des Kindes	86
2. Anrechnung einer Ausbildungsvergütung	90
3. Anrechnung von Einkommen auf Barunterhalt und auf Betreuungsunterhalt	96
4. Freiwillige Zuwendungen eines Dritten oder eines Elternteils	100
5. Berücksichtigung des Kindesvermögens	106
3. Abschnitt: Barbedarf des Kindes	
I. Bedarfsbemessung nach der von den Eltern abgeleiteten Lebensstellung des Kindes	
1. Lebensstellung des Kindes und Unterhaltsbedarf	108
2. Einkommen als Kriterium der Lebensstellung der Eltern	113
3. Einkommensverhältnisse der Eltern im Unterhaltszeitraum	116
4. Bedarfsbemessung bei alleiniger Barunterhaltspflicht eines Elternteils	117
5. Bedarfsbemessung bei Barunterhaltspflicht beider Eltern	119
II. Regelbedarf, regelmäßiger Mehrbedarf und Sonderbedarf	
1. Pauschalierung des Kindesunterhalts nach Tabellen	122
2. Mindestbedarf und Existenzminimum	127
3. Bedarfsbemessung bei besonders günstigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern	128
4. Regelmäßiger Mehrbedarf	133
5. Sonderbedarf	138
4. Abschnitt: Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	
I. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf des Unterhaltsschuldners	140
II. Anrechenbare Einkünfte des Schuldners	
1. Tatsächliche Einkünfte	142
2. Fiktive Einkünfte	144
3. Unterhaltsleistungen als anrechenbare Einkünfte	148
III. Berücksichtigung sonstiger Verpflichtungen des Schuldners	
1. Schulden und Verbraucherinsolvenz	158
2. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Unterhaltsansprüche anderer Berechtigter; Mangelfälle	159
3. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Betreuung eines anderen unterhaltsberechtigten Kleinkindes	166
4. Minderung der Leistungsfähigkeit durch Umgangskosten	168
IV. Leistungsfähigkeit eines Elternteils bei Übernahme der Haushaltsführung nach Wiederverheiratung oder Begründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft („Hausmannrechtsprechung“)	

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn.
1. Erwerbsobliegenheit des wiederverheirateten, haushaltsführenden Ehegatten gegenüber gleichrangigen Berechtigten, insbesondere gegenüber minderjährigen Kindern aus erster Ehe	172
2. Umfang der Erwerbsobliegenheit des haushaltsführenden Ehegatten; Verpflichtungen des neuen Partners	179
3. Bemessung der dem Verpflichteten anzurechnenden (fiktiven) Nebeneinkünfte	184
4. Unterhaltspflicht des haushaltsführenden Elternteils gegenüber einem volljährigen Kind	187
5. Hausmannrechtsprechung bei Übernahme der Haushaltsführung in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	190
5. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch minderjähriger Kinder	
I. Besonderheiten beim Unterhalt minderjähriger Kinder	193
II. Grundsätze der Bemessung des Bedarfs minderjähriger Kinder	
1. Der Unterhalt des nichtehelichen Kindes bis zum 30. 6. 1998	203
2. Die Bedarfsbemessung bei ehelichen und nichtehelichen Kindern seit dem 1. 7. 1998	204
III. Die Düsseldorfer Tabelle und die ehemaligen Vortabellen für das Beitrittsgebiet	
1. Vorbemerkung	207
2. Die Düsseldorfer Tabelle, Stand: 1. 1. 2008/1. 7. 2007/1. 7. 2005	209
3. Allgemeines zur Anwendung der Düsseldorfer Tabelle	211
4. Zu- oder Abschläge bei den Bedarfssätzen	231
5. Der Bedarfskontrollbetrag	239
IV. Dynamischer Unterhalt nach dem Mindestunterhalt	246 a
V. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt minderjähriger Kinder	
1. Gesteigerte Unterhaltsverpflichtung der Eltern nach § 1603 II 1 BGB	247
2. Notwendiger Selbstbehalt bei gesteigerter Unterhaltspflicht	260
3. Die Bemessung des notwendigen Selbstbehalts nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	263
4. Keine gesteigerte Unterhaltsverpflichtung bei Vorhandensein eines anderen leistungsfähigen Verwandten	271
VI. Alleinige Barunterhaltspflicht eines Elternteils oder Beteiligung beider Eltern am Barunterhalt	
1. Alleinige Barunterhaltspflicht eines Elternteils	282
2. Barunterhaltspflicht des betreuenden Elternteils	287
3. Anteilige Barunterhaltspflicht beider Eltern nach § 1606 III 1 BGB	289
4. Unterhalt bei Geschwistertrennung	309
5. Kindesunterhalt bei gemeinsamer elterlicher Sorge	316
VII. Mehrbedarf minderjähriger Kinder	
1. Berechtigung des Mehrbedarfs	317
2. Berechnung des geschuldeten Unterhalts bei berechtigtem Mehrbedarf	323
3. Mehrbedarf des behinderten minderjährigen Kindes	326
6. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch volljähriger Kinder	
I. Besonderheiten beim Unterhalt volljähriger Kinder	330

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn.
II. Bedürftigkeit des volljährigen Kindes	
1. Auswirkungen der Volljährigkeit auf die Bedürftigkeit	342
2. Unterhalt bei Wehr- oder Ersatzdienst, freiwilligem sozialem Jahr	346
3. Anrechnung von Einkommen, Vermögen und Kindergeld	349
III. Bedarf des volljährigen Kindes	
1. Lebensbedarf und Bedarfsbemessung	360
2. Bedarf von Studenten und Kindern mit eigenem Haushalt	368
3. Bedarf von Schülern, Studenten und Auszubildenden, die im Haushalt eines Elternteils leben	383
4. Regelmäßiger Mehrbedarf des volljährigen Schülers, Studenten oder Auszubildenden	401
5. Bemessung des Bedarfs des Volljährigen, der sich nicht in einer Ausbildung befindet	405
IV. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt volljähriger Kinder	
1. Grundsätzlich keine gesteigerte Unterhaltungspflicht gegenüber volljährigen Kindern	407
2. Angemessener Eigenbedarf des Verpflichteten nach § 1603 I BGB und eheangemessener Bedarf nach §§ 1361, 1578 I 1, 1581 BGB	416
3. Bemessung des angemessenen Eigenbedarfs des verpflichteten Elternteils nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	417
4. Berücksichtigung anderweitiger Verpflichtungen, insbesondere vorrangiger Unterhaltsansprüche	429
V. Ermittlung des Haftungsanteils der Eltern nach § 1606 III 1 BGB	
1. Anteilige Haftung der Eltern	433
2. Vergleichbares Einkommen der Eltern	438
3. Einzelheiten der Unterhaltsberechnung und wertende Veränderung des Verteilungsschlüssels	448
4. Darlegungs- und Beweislast für die Haftungsanteile der Eltern	451
VI. Gleichstellung 18–20-jähriger Schüler mit Minderjährigen	
1. Problematik der Privilegierung volljähriger Kinder während einer Übergangszeit nach Eintritt der Volljährigkeit	452
2. Voraussetzungen der Privilegierung volljähriger Schüler nach §§ 1603 II 2, 1609 Nr. 1 BGB	454
3. Unterhaltsbemessung bei privilegiert volljährigen Kindern	462
VII. Verwirkung des Unterhaltsanspruchs des volljährigen Kindes	472
7. Abschnitt: Kindergeld und Kindesunterhalt	
I. Der öffentlich-rechtliche Anspruch auf Kindergeld	
1. Rechtsgrundlagen	486
2. Anspruchsvoraussetzungen für Kindergeld nach §§ 62 ff. EStG	488
3. Kindergeld und Freibeträge nach § 32 VI EStG	493
4. Abzweigung des Kindergeldes	497
5. Ähnliche Sozialleistungen	498
II. Das Kindergeld nach dem bis zum 31. 12. 2007 geltenden Unterhaltsrecht	499
III. Die Behandlung des Kindergeldes nach dem Unterhaltsänderungsgesetz	
1. Übersicht über den seit dem 1. 1. 2008 geltenden Kindergeldausgleich	500
2. Häufige Berücksichtigung des Kindergeldes	502
3. Berücksichtigung des Kindergeldes in voller Höhe	505

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn.
4. Auswirkungen der bedarfsdeckenden Berücksichtigung des Kindergeldes	509
5. Sonderfragen	511
IV. Prozessuales	515
8. Abschnitt: Sonderprobleme des Kindesunterhalts	
I. Auskunftspflichten	517
II. Rangfolge der Unterhaltsberechtigten und Unterhaltsverpflichteten	520
III. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	
1. Allgemeines	520 a
2. Kein Verzicht auf zukünftigen Kindesunterhalt	521
3. Freistellungsvereinbarungen der Eltern bezüglich des Kindesunterhalts	525
IV. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	
1. Ausgleich zwischen den Eltern	529
2. Erfüllung einer dem anderen Elternteil obliegenden Unterhaltspflicht	535
3. Ausgleich von Kindergeld und anderen staatlichen kinderbezogenen Leistungen	539
4. Einschränkungen des familienrechtlichen Ausgleichsanspruchs	541
5. Verzinsung des Ausgleichsanspruchs	544
V. Ersatzhaftung; gesetzlicher Forderungsübergang nach § 1607 BGB	
1. Reihenfolge der Haftung beim Kindesunterhalt	545
2. Primäre Haftung nachrangig Verpflichteter	546
3. Subsidiäre Haftung nachrangig Verpflichteter	554
4. Unterhaltsleistung durch einen Dritten	558
5. Rechtsfolgen des Anspruchsübergangs	539
B. Unterhaltsansprüche sonstiger Verwandter, insbesondere Eltern- und Enkelunterhalt	
I. Grundlagen	
1. Grundfragen zum geltenden Recht	600
2. Gerichtliche Zuständigkeit	601
3. Unterhaltsansprüche gegen Verwandte und Sozialgesetze	602
II. Rangfolge der Verpflichteten und Bedürftigen	
1. Vorrangige Haftung des Ehegatten bzw. des Lebenspartners und des nicht-ehelichen Vaters	604
2. Rangfolge der unterhaltspflichtigen Verwandten	607
3. Ersatzhaftung	607 a
4. Rangfolge der Bedürftigen	609
5. Darlegungs- und Beweislast bei Rangfragen	610
III. Das Unterhaltsverhältnis im Einzelnen	
1. Das Maß des Unterhalts	612
2. Bedürftigkeit des Berechtigten	614
3. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf des Pflichtigen	616
4. Beschränkung oder Wegfall der Unterhaltsverpflichtung durch Verwirkung nach § 1611 I BGB	626
5. Elternunterhalt im Besonderen	629
6. Enkelunterhalt im Besonderen	647

§ 3 Familienunterhalt

I. Grundsätzliches	1
II. Voraussetzungen des Familienunterhalts	
1. Eheliche Lebensgemeinschaft, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	5
2. Unterhaltsverpflichtung der Ehegatten und Aufgabenverteilung in der Ehe	10
3. Erwerbsobliegenheit der Ehegatten	16
III. Bemessung des Familienunterhalts, Unterhaltsbeiträge der Ehegatten, Wirtschaftsgeld und Taschengeld	
1. Lebensbedarf der Familie	22
2. Bemessung des Familienunterhalts und Leistungsfähigkeit	29
3. Anteilige Beiträge der Ehegatten zum Familienunterhalt	35
4. Wirtschaftsgeld	46
5. Taschengeld	56
IV. Konkurrenz mit anderen Unterhaltsansprüchen	
1. Vergleichbarkeit des Familienunterhalts und anderer Unterhaltsansprüche	64
2. Konkurrenz zwischen dem Unterhalt minderjähriger oder privilegiert volljähriger Kinder und dem Familienunterhalt	65
3. Konkurrenz zwischen mehreren gleichrangigen Ehegatten	67
4. Mangelfall bei gleichrangigen Ehegatten	75
5. Nachrangiger Ehegatte und Familienunterhalt	77
6. Konkurrenz zwischen Volljährigen- und Familienunterhalt	78
7. Konkurrierende Ansprüche von Eltern	80
8. Konkurrierende Ansprüche bei Geburt eines nichtehelichen Kindes	89
V. Besonderheiten des Familienunterhalts	
1. Keine Identität zwischen Familienunterhalt und Trennungsunterhalt	90
2. Ausgleichsanspruch nach § 1360 b BGB	92
3. Unpfändbarkeit des Familienunterhalts	95
4. Sonderfragen	96

§ 4 Ehegattenunterhalt

A. Allgemeines zur Struktur des Anspruchs

1. Vorliegen eines Unterhaltstatbestands	1
2. Allgemeine Voraussetzungen beim Berechtigten	1 a
3. Allgemeine Voraussetzungen beim Pflichtigen	1 b
4. Prüfung von Einwendungen und Einreden	1 c

B. Einzelne Ansprüche und Unterhaltsverhältnis

1. Abschnitt: Der Trennungsunterhalt

I. Voraussetzungen, Arten und Dauer des Trennungsunterhalts	
1. Anspruchsvoraussetzungen	2
2. Arten des Trennungsunterhalts	7
3. Beginn und Ende des Trennungsunterhalts	13
4. Nichtidentität von Familienunterhalt, Trennungsunterhalt und nahehe- lichem Unterhalt	14

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 4

	Rn.
II. Erwerbsobliegenheit des bedürftigen Ehegatten nach der Trennung	
1. Die Schutzvorschrift des § 1361 II BGB zugunsten des nicht erwerbstätigen Ehegatten	16
2. Bei der Zumutbarkeitsabwägung zu berücksichtigende persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse	19 a
3. Zumutbarkeitsabwägung bei Fortsetzung, Ausweitung oder Einschränkung einer bei Trennung bereits ausgeübten Erwerbstätigkeit	26
4. Fiktive Zurechnung erzielter Einkünfte	29
III. Bedarfsbemessung und Unterhaltsberechnung beim Trennungsunterhalt	
1. „Eheliche Lebensverhältnisse“ und Bedarfsbemessung beim Trennungsunterhalt wie beim nachehelichen Unterhalt	30
2. Anrechnung nichtprägender Einkünfte des Berechtigten, Leistungsfähigkeit des Verpflichteten und Unterhaltsberechnung	35
3. Maßgeblicher Bemessungszeitpunkt bei Trennungsunterhalt und nachehelichen Unterhalt	36
IV. Anwendung der negativen Härteklausel nach § 1579 BGB und sonstiger Normen auf den Trennungsunterhalt	
1. Anwendung der Härteklausel des § 1579 BGB beim Trennungsunterhalt	37
2. Härteklausel und kurze Ehedauer bzw. nur kurzes oder fehlendes Zusammenleben	38
3. Unterhalt für Vergangenheit, Unterhaltsverzicht und Erlöschen des Unterhaltsanspruchs	39
4. Rückforderung von Zuvielleistungen und Auskunftsanspruch	40
5. Zur Geltendmachung des Trennungsunterhalts	41
6. Konkurrenzen	41 a
2. Abschnitt: Besonderheiten und Anspruchstatbestände des nachehelichen Unterhalts	
I. Allgemeine Grundsätze und Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	
1. Allgemeine Grundsätze	42
2. Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen des nachehelichen Unterhalts	44
3. Einheitlicher Anspruch auf nachehelichen Unterhalt	46
4. Einsatzzeitpunkte und Anschlussunterhalt sowie Teilanschlussunterhalt	48
5. Beginn, Ende und Wiederaufleben des nachehelichen Unterhalts	53
6. Sonstige materiell-rechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	57
7. Sonstige verfahrensrechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	63
II. Unterhalt wegen Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes nach § 1570 BGB	63 a
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1570 BGB	64
2. Billigkeitsgesichtspunkte bei Unterhaltsverlängerung nach § 1570 I 2 u. 3 BGB	68
3. Weitere Unterhaltsverlängerung nach § 1570 II BGB	71
4. Die Erwerbsobliegenheit des betreuenden Elternteils	73
5. Privilegierter Anspruch nach § 1570 BGB, Konkurrenzen zu § 1573 BGB und Sonstiges	75
III. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1571 BGB	88
2. Ursächlichkeit des Alters dafür, dass eine angemessene Erwerbstätigkeit nicht mehr erwartet werden kann	90
3. Das maßgebliche Alter des Berechtigten	92

Inhaltsverzeichnis § 4

	Rn.
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	94
5. Konkurrenzen und Sonstiges	95
IV. Unterhalt wegen Krankheit nach § 1572 BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1572 BGB	96
2. Krankheit, Gebrechen oder geistige Schwäche	97
3. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit	99
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	100
5. Konkurrenzen und Sonstiges	102
V. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit nach § 1573 I BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1573 I BGB	104
2. Fehlen eines Anspruchs nach §§ 1570, 1571 oder 1572 BGB	106
3. Der Unterhaltsberechtigte findet keine angemessene Erwerbstätigkeit	107
4. Notwendige Bemühungen um eine angemessene Erwerbstätigkeit	111
5. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	114
6. Nachhaltige Unterhaltssicherung durch Erwerbstätigkeit	116
7. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578 b BGB	120
8. Sonstiges	121
VI. Aufstockungsunterhalt nach § 1573 II BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1573 II BGB	122
2. Verhältnis des Aufstockungsunterhalts zu Ansprüchen nach den §§ 1570, 1571, 1572 oder 1573 I BGB	124
3. Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit	125
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	126
5. Zur Berechnung des Aufstockungsunterhalts	127
6. Zeitliche Begrenzung des Aufstockungsunterhalts nach § 1578 b BGB	129
7. Konkurrenzen und Sonstiges	130
VII. Angemessene Erwerbstätigkeit nach § 1574 BGB und Ausbildungsunterhalt nach § 1574 III i. V. mit § 1573 I BGB	
1. Bedeutung des § 1574 BGB	131
2. Zur angemessenen Erwerbstätigkeit nach § 1574 II BGB	133
3. Die Angemessenheitskriterien nach § 1574 II BGB im Einzelnen	137
4. Ausbildungsunterhalt nach § 1574 III i. V. mit § 1573 I BGB	144
VIII. Ausbildungsunterhalt nach § 1575 BGB	
1. Zweck des Ausbildungsanspruchs nach § 1575 BGB und Verhältnis zum Ausbildungsanspruch nach den §§ 1573 I, 1574 III BGB	147
2. Die Voraussetzungen des Ausbildungsunterhalts nach § 1575 I BGB	148
3. Der Anspruch auf Fortbildung oder Umschulung nach § 1575 II BGB	157
4. Ausbildung, Fortbildung, Umschulung	159
IX. Billigkeitsunterhalt nach § 1576 BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen und Normzweck des § 1576 BGB	160
2. Vorliegen eines sonstigen schwerwiegenden Grundes	161
3. Bei der Billigkeitsabwägung zu berücksichtigende Umstände	162
4. Bisher vom BGH entschiedene Fälle zu § 1576 BGB bei Betreuung eines nicht gemeinschaftlichen Kindes	163
5. Einsatzzeitpunkt, Dauer und Höhe des Unterhaltsanspruchs	164
6. Konkurrenzen und deren Folgen	165

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 4

	Rn.
3. Abschnitt: Unterhaltsbedarf und Bedarfsbemessung beim Ehegattenunterhalt	
I. Unterhaltsbedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen	
1. Der Unterhaltsbedarf als gesamter Lebensbedarf	166
2. Bedarfsbemessung nach den ehelichen Lebensverhältnissen und Lebensstandardgarantie	172
3. Nachhaltige Prägung der ehelichen Lebensverhältnisse durch Einkommen und andere Umstände	179
4. Haushaltsführung und Kinderbetreuung in der Ehe	184 a
5. Bedarfsbemessung nach dem zur Deckung des Lebensbedarfs verfügbaren Einkommen	185
6. Vorabzug von Steuern, Vorsorgeaufwendungen, berufsbedingten Aufwendungen, Werbungskosten, Kinderbetreuungskosten und Schulden	186
7. Vorabzug von Unterhaltslasten	189
8. Aufwendungen zur Vermögensbildung	202
9. Konsumverhalten und objektiver Maßstab für die Bedarfsbemessung	213
10. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des prägenden Charakters ehelicher Lebensverhältnisse	217
11. Verbot der Doppelverwertung	228
II. Überblick zu den prägenden und nichtprägenden Einkünften sowie Änderungen der Einkommensverhältnisse nach Trennung und Scheidung	
1. Überblick zu den prägenden und nichtprägenden Einkünften	234
2. Normale Einkommensänderungen und vom Normalverlauf erheblich abweichende Einkommensänderungen	240
3. Gehaltsbestandteile und Familienzuschläge bei Wiederverheiratung	260
4. Aufnahme oder Ausweitung einer zumutbaren Erwerbstätigkeit durch den Berechtigten nach der Trennung	261
5. Einkünfte aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	264
6. Ersparnis durch das Zusammenleben und Haushaltsführung für einen neuen Partner	266
7. Prägende und nichtprägende Einkünfte aus Vermögen	268
8. Fiktive Einkünfte beim Berechtigten und Verpflichteten nach der Trennung	276
9. Einkommensänderungen nach der Trennung durch freiwillige Disposition (z. B. Arbeitsplatzwechsel, Berufswechsel oder berufliche Verselbständigung)	283
10. Einkommensänderungen bei Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit	287
11. Prägende und nichtprägende Änderungen im Ausgabenbereich	295
12. Berücksichtigung des Preisindex der Lebenshaltungskosten	302
13. Unterschiedliche Behandlung von Erhöhung und Minderung des Einkommens	304
14. Absenkung des Bedarfs durch Unterhaltspflicht gegenüber weiteren Ehegatten	305
15. Einkommensänderungen infolge erstmaligem Rentenbezug nach Trennung und Scheidung	308
16. Nutzung des Vorsorgevermögens aus Vorsorgeaufwendungen im Rentenfall	314
III. Halbteilungsgrundsatz und konkrete Bedarfsbemessung	
1. Halbteilungsgrundsatz	359
2. Keine Sättigungsgrenze bei der Bedarfsbemessung	363
3. Konkrete Bedarfsbemessung	366
4. Bedarfsbemessung nach Ehegattenquoten	372

	Rn.
5. Überblick zu den Quoten bei Einkünften aus Erwerbstätigkeit und sonstigen Einkünften und zur Höhe des Erwerbstitigenbonus	380
IV. Berechnungsmethoden	
1. Unterhaltsberechnung nach der Additionsmethode	386
2. Bedarfsbemessung bei konkurrierendem Gattenunterhalt	390
3. Unterhaltsberechnung nach Differenz- und Anrechnungsmethode	406
4. Methodenwahl	413
5. Auswirkungen des Vorabzugs von Schulden und Kindesunterhalt auf den Erwerbstitigenbonus bei Mischeinkünften	418
6. Quotenunterhalt und die (überholte) Rechtsprechung zum vollen Unterhalt und trennungsbedingten Mehrbedarf	427
7. Quotenunterhalt und Mindestbedarf	429
IV. Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung eines regelmäßigen Mehrbedarfs	
1. Mehrbedarfsfälle und konkrete Bemessung des Mehrbedarfs	432
2. Unterhaltsberechnung bei Mehrbedarf	438
 4. Abschnitt: Vorsorgeunterhalt	
I. Vorsorgeunterhalt wegen Alters, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit	448
1. Grundsätzliches, Voraussetzungen, Beginn und Dauer des Vorsorgeunterhalts beim Trennungs- und nachehelichen Unterhalt sowie Verfassungsmäßigkeit	449
2. Geltendmachung und Tenorierung des Vorsorgeunterhalts	455
3. Zweckbestimmung und nicht zweckbestimmte Verwendung des Vorsorgeunterhalts	461
4. Berechnung des Vorsorgeunterhalts aus dem Elementarunterhalt nach der Bremer Tabelle	465
5. Zweistufige und einstufige Berechnung des Elementarunterhalts und Vorrang des Elementarunterhalts gegenüber dem Vorsorgeunterhalt	477
6. Vorsorgeunterhalt bei späteren Abänderungen	489
7. Rechenbeispiel des BGH zum Vorsorgeunterhalt (nach BGH, FamRZ 1983, 888, 889)	492
8. Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunterhalts	493
II. Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit	
1. Voraussetzungen des Krankheitsvorsorgeunterhalts und Krankenversicherungsschutz bei Trennung oder Scheidung	498
2. Berechnung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	504
3. Vorabzug der Krankenversicherungsbeiträge und des Krankheitsvorsorgeunterhalts vom Einkommen sowie mehrstufige Berechnung des Elementarunterhalts	509
4. Geltendmachung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	522
III. Pflegevorsorgeunterhalt	525 a
 5. Abschnitt: Zur Bedürftigkeit des Berechtigten	
I. Unterhaltsbedürftigkeit	
1. Bedürftigkeit als Unterhaltsvoraussetzung	526
2. Bedürftigkeitsmindernde Anrechnung der Einkünfte des Berechtigten	531
3. Anrechnung auf den vollen Unterhalt unter Berücksichtigung von Mehrbedarf	535

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 4

	Rn.
4. Nach § 1577 I BGB in vollem Umfang anzurechnende Einkünfte des Berechtigten	540
5. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Bedürftigkeit	541
II. Anrechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit des Berechtigten nach § 1577 II BGB	
1. Zur Auslegung und zum Anwendungsbereich des § 1577 II BGB	542
2. Ermittlung des anrechnungsfreien Betrags nach § 1577 II 1 BGB (anrechnungsfreies Defizit)	546
3. Billigkeitsanrechnung nach § 1577 II 2 BGB	550
4. Zusammenfassung	553
5. Rechenbeispiele zu § 1577 II BGB	554
6. Anrechnung unzumutbarer Erwerbseinkünfte nach altem Recht	556
III. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB und nachhaltige Unterhaltssicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB	
1. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB	557
2. Nachhaltige Unterhaltssicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB	562
6. Abschnitt: Zur Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	
I. Leistungsunfähigkeit als Einwendung	564
II. Eigener eheangemessener Bedarf	567
III. Bedarfsquote und Billigkeitsquote, konkreter Bedarf	573
IV. Schuldhaft herbeigeführte Leistungsunfähigkeit, Folgen des Mangelfalls	576
7. Abschnitt: Zeitliche Unterhaltsbegrenzung und Unterhaltsherabsetzung nach § 1578 b BGB	
I. Allgemeines	
1. Neues und bisheriges Recht	578
2. Struktur des § 1578 b BGB	579
II. Herabsetzung des eheangemessenen Unterhalts auf den angemessenen Lebensbedarf nach § 1578 b I BGB	
1. Voraussetzungen und Anwendungsbereich des § 1578 b I BGB	580
2. Rechtsfolgen nach § 1578 b I BGB	582
III. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578 b II BGB	
1. Voraussetzungen und Anwendungsbereich des § 1578 b II BGB	585
2. Rechtsfolgen nach § 1578 b II BGB	586
IV. Kriterien zu der nach § 1578 b I oder II BGB erforderlichen Billigkeitsabwägung	
1. Billigkeitsabwägung zur zeitlichen Begrenzung und Herabsetzung des Unterhalts	587
2. Die Kinderschutzklausel	588
3. Dauer der Pflege oder Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes	589
4. Gestaltung der Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit während der Ehe	590
5. Dauer der Ehe	591
6. Sonstige Umstände	592

	Rn.
V. Verfahrensrechtliche Fragen bei Anwendung des § 1578 b I u. II BGB	
1. Geltendmachung im Erstverfahren	593
2. Geltendmachung in einem späteren Abänderungsverfahren	594
VI. Berechnungsbeispiele	595
8. Abschnitt: Die Härteklausele des § 1579 BGB	
I. Normzweck, gesetzliche Regelung und Anwendungsbereich des § 1579 BGB	
1. Normzweck und entstehungsgeschichtliche Entwicklung	596
2. Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausele	600
3. Rechtsfolgen der Härteklausele	602
4. Anwendungsbereich des § 1579 BGB	605
5. Darlegungs- und Beweislast	609
II. Grobe Unbilligkeit und Zumutbarkeitsabwägung nach § 1579 BGB	
1. Grobe Unbilligkeit als eigene Anspruchsvoraussetzung bei jedem Härtegrund	614
2. Umstände, die bei der Interessenabwägung zur Beurteilung einer groben Unbilligkeit zu berücksichtigen sind	617
3. Vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls bei Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes durch den Berechtigten	625
III. Ehe von kurzer Dauer (§ 1579 Nr. 1 BGB)	
1. Härtegrund der kurzen Ehedauer (Nr. 1)	637
2. Kurze Ehedauer bis zu zwei Jahren	643
3. Nicht mehr kurze Ehedauer ab ca. drei Jahren	645
4. Ehedauer zwischen zwei und drei Jahren und sonstige Sonderfälle	647
5. OLG-Entscheidungen mit Billigkeitsabwägungen	652
IV. Härtegrund der verfestigten Lebensgemeinschaft (§ 1579 Nr. 2 BGB)	
1. Neufassung des Tatbestandes	657
2. Verfestigte Lebensgemeinschaft	659
3. Auf Distanz angelegtes Verhältnis	665
4. Grobe Unbilligkeit	666
V. Härtegrund eines Verbrechens oder schweren vorsätzlichen Vergehens gegen den Verpflichteten oder einen nahen Angehörigen (§ 1579 Nr. 3 BGB)	
1. Härtegrund der Nr. 3	667
2. Beleidigungen, Verleumdungen und falsche Anschuldigungen	674
3. Betrug und versuchter Prozessbetrug	675
VI. Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (§ 1579 Nr. 4 BGB)	
1. Der Härtegrund der Nr. 4	676
2. Mutwillige Bedürftigkeit infolge Alkohol- oder Drogenabhängigkeit	683
3. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Aufgabe einer Erwerbstätigkeit oder wegen unterlassener Maßnahmen zur Herstellung der Erwerbsfähigkeit	688
4. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Verschwendung oder unwirtschaftlicher Vermögensanlage	694
5. Mutwillige Bedürftigkeit wegen bestimmungswidriger Verwendung des Vorsorgeunterhalts	699
6. Sonstige Fälle, in denen der BGH eine Mutwilligkeit verneint hat	700

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 5

	Rn.
VII. Mutwillige Verletzung von Vermögensinteressen des Verpflichteten (§ 1579 Nr. 5 BGB)	
1. Zum Härtegrund der Nr. 5	703
2. Fälle zu Nr. 5	708
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen	710
VIII. Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen (§ 1579 Nr. 6 BGB)	
1. Zum Härtegrund der Nr. 6	712
2. Fälle einer Pflichtverletzung zu Nr. 6	719
IX. Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten (§ 1579 Nr. 7 BGB)	
1. Zum Härtegrund der Nr. 7 BGB	720
2. Verstöße gegen die eheliche Treuepflicht als offensichtlich schwerwiegendes Fehlverhalten	729
3. Sonstige Fälle eines schwerwiegenden Fehlverhaltens	734
4. Fälle, in denen der BGH ein schwerwiegendes Fehlverhalten verneint hat	740
5. Eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten	745
6. Darlegungs- und Beweislast	750
X. Anderer schwerwiegender Grund nach § 1579 Nr. 8 BGB	
1. Zum Härtegrund der Nr. 8	752
2. Härtegrund der Nr. 8, wenn nach der Scheidung ein ehewidriges Verhältnis gemäß Nr. 7 fortgeführt wird	758
3. Der Härtegrund der Nr. 8 in sonstigen Fällen	759
4. Kein Härtegrund nach Nr. 8	762
XI. Wiederaufleben eines nach § 1579 BGB ausgeschlossenen Anspruchs und endgültiger Ausschluss nach § 1579 BGB	
1. Grundsatz	764
2. Wiederaufleben eines nach Nr. 2 ausgeschlossenen Anspruchs	766
3. Wiederaufleben eines Anspruchs aus Gründen des vorrangigen Kindeswohls	767

§ 5 Rangverhältnisse und Mangelfälle

I. Selbstbehalt und Mangelfall	
1. Relativität von Eigenbedarf, Selbstbehalt und Mangelfall	1
2. Verschiedene Selbstbehalte nach den Leitlinien	2
3. Voraussetzungen eines Mangelfalls nach §§ 1581, 1603 BGB	26
4. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Leistungsfähigkeit	42
II. Einkommens- und Bedarfskorrekturen im Mangelfall	47
1. Überblick über die Rechtsfolgen eines Mangelfalls nach § 1581 BGB	48
2. Kindergeld und Zählkindvorteil im Mangelfall	58
3. Zurechnung fiktiver Einkünfte wegen gesteigerter Erwerbsobliegenheit und erhöhte Zurechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	64
4. Zurechnung unentgeltlicher freiwilliger Zuwendungen Dritter	70
5. Verschärfte Anforderungen an Abzugsposten vom Bruttoeinkommen bei Berechnung des Nettoeinkommens	73
6. Erhöhung der Deckungsmasse durch eine zumutbare Vermögensverwertung	78

	Rn.
7. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten des Verpflichteten	82
8. Obliegenheit, sich auf die Pfändungsfreigrenzen zu berufen und evtl. Insolvenzantrag zu stellen	92
9. Individuelle oder schematische Kürzung eines verbleibenden Fehlbedarfs nach § 1581 BGB	99
III. Mangelfall bei Mehrheit von Berechtigten: Rangfragen	
1. Aktualisierung von Rangverhältnissen im Mangelfall	102
2. Die gesetzliche Rangfolge bei mehreren Berechtigten	106
3. Zum Rangverhältnis unter mehreren berechtigten Kindern	108
4. Rangverhältnisse nach § 1582, § 1609 Nr. 2, 3 BGB zwischen mehreren unterhaltsberechtigten Ehegatten	112
5. Rangverhältnis zwischen Ehegatten und Kindern	120
6. Bedarfskorrektur im Mangelfall	122
7. Kürzung und Wegfall des Unterhalts nachrangig Berechtigter in Mangelfällen	131
8. Rechenbeispiele zum Ausscheiden bzw. zur Berechnung des Unterhalts nachrangig Berechtigter	137
9. Verteilung bei Gleichrang (mit Beispielen)	142
10. Beispiele für Mangelfallrechnungen mit mehreren Unterhaltsberechtigten teilweise verschiedenen Ranges	147
11. Altfälle	151
IV. Rangverhältnis zwischen mehreren Verpflichteten	155
1. Rangordnung unter unterhaltspflichtigen Verwandten (Rn. 2/604f)	156
2. Ersatzhaftung im Mangelfall	159
3. Mehrere unterhaltspflichtige Ehegatten	160
4. Ehegatte neben nichtehelichem Elternteil	161
5. Nichtehele Elternteile untereinander	163
6. Ehegatten oder nichtehel. Elternteile neben Verwandten	164
7. Haftungskonkurrenz bei Unterhalt minderjähriger Kinder	175
8. Mangelfall bei Barunterhaltspflicht beider Elternteile	176

§ 6 Sonderfragen

1. Abschnitt: Selbstständige Bestandteile des Unterhaltsanspruchs

I. Sonderbedarf	
1. Anspruchsvoraussetzungen	1
2. Beteiligung des Unterhaltsgläubigers an der Finanzierung des Sonderbedarfs	10
3. Einzelfälle	14
II. Prozesskostenvorschuss	
1. Anspruchsberechtigte	20
2. Anspruchsvoraussetzungen	25
3. Inhalt des Anspruchs	31
4. Prozessuales, Rückforderung des Prozesskostenvorschusses	33

2. Abschnitt: Unterhalt für die Vergangenheit

I. Anspruchsvoraussetzungen	
1. Gesetzliche Grundlagen	100
2. Rechtshängigkeit	104

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 6

	Rn.
3. Auskunft	104 a
4. Sonderbedarf	105
5. Rückwirkender Unterhalt nach § 1613 II Nr. 2 BGB	105 a
6. Übergeleitete und übergangene Unterhaltsansprüche	106
7. Sonstige Ansprüche	109
8. Absichtlicher Leistungsentzug beim nachehelichen <u>Unterhalt</u>	110
II. Verzug	
1. Verzug nach § 286 I BGB	115
2. Verzug nach § 286 II Nr. 1 BGB	129
3. Verzug nach § 286 II Nr. 3 BGB	130
4. Verzug nach § 286 II Nr. 4 BGB	130 a
5. Verschulden des Pflichtigen	131
6. Verzugszinsen	132
7. Beseitigung der Verzugsfolgen und Verwirkung	133
III. Verjährung	140
3. Abschnitt: Rückforderung von zu Unrecht gezahltem Unterhalt	
I. Grundsätze	
1. Ausgangslage	200
2. Anspruchsgrundlagen	203
II. Rückforderungsansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	
1. Anspruchsgrundlage	204
2. Entreicherung	207
3. Verschärfte Haftung	212
4. Möglichkeiten des Pflichtigen gegen den Entreicherungseinwand	219
5. Mehrleistung mit Erstattungsabsicht	224
III. Ansprüche aus dem Vollstreckungsrecht	
1. Ansprüche bei vorläufig vollstreckbaren Urteilen	226
2. Ansprüche bei Notunterhalt	228
3. Ansprüche bei Vaterschaftsfeststellung	228 a
4. Keine Ansprüche bei einstweiligen Anordnungen	229
IV. Ansprüche aus unerlaubter Handlung	
1. Anspruch bei Betrug	230
2. Vorsätzliche sittenwidrige Ausnützung eines unrichtig gewordenen Vollstreckungstitels	231
V. Sonderfälle	
1. Rückforderung bei Rentennachzahlung	235
2. Rückforderung von Prozesskostenvorschuss	238
4. Abschnitt: Aufrechnung mit Gegenforderungen	
I. Aufrechnungsverbot für unpfändbare Forderungen	300
II. Aufrechnungen gegen Unterhaltsforderungen	302
III. Der Arglisteinwand	307
IV. Die Aufrechnungserklärung	309
V. Die Aufrechnungsvereinbarung	310

Inhaltsverzeichnis § 6

Inhalt

	Rn.
VI. Die Aufrechnung mit Rückforderungsansprüchen aus Unterhaltsüberzahlungen	311
VII. Zusammenfassung	312
5. Abschnitt: Unterhalt bei Gütergemeinschaft	
I. Überblick	400
II. Ehegattenunterhalt	
1. Trennungunterhalt	402
2. Familienunterhalt	412
3. Nachehelicher Unterhalt	413
III. Kindesunterhalt	419
1. Kindesunterhalt in der Trennungszeit	420
2. Kindesunterhalt ab Rechtskraft der Scheidung	421
IV. Keine fiktiven Einkünfte	422
V. Eilmaßnahmen	423
6. Abschnitt: Vereinbarungen zum Ehegattenunterhalt	
I. Allgemeines	600
II. Vereinbarungen zum Familienunterhalt	603
III. Vereinbarungen zum Getrenntlebensunterhalt	604
IV. Vereinbarungen zum Nachscheidungsunterhalt	604 a
1. Vorsorgende Vereinbarungen	605
2. Vereinbarungen anlässlich oder nach der Scheidung	606
V. Vereinbarung eines Unterhaltsverzichts	607
1. Die besondere Problematik des Verzichts auf nachehelichen Unterhalt	607
2. Die allgemeine Sittenwidrigkeit des Verzichts auf nachehelichen Unterhalt	608
3. Richterliche Wirksamkeits- und Ausübungskontrolle	609
VI. Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel	610
VII. Vereinbarung einer Kapitalabfindung	614
7. Abschnitt: Darlegungs- und Beweislast sowie tatrichterliche Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO	
I. Zur Darlegungs- und Beweislast	
1. Allgemeiner Überblick	700
2. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltsberechtigten	703
3. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltspflichtigen	710
4. Zur Regel-Ausnahme-Situation	713
5. Negativtatsachen und substantiiertes Bestreiten von Tatsachen aus dem eigenen Wahrnehmungsbereich	721
6. Darlegungs- und Beweislast bei Abänderungsklagen	726
7. Darlegungs- und Beweislast bei negativen Feststellungsklagen	726 a
8. Zur Umkehr der Beweislast	727

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 8

	Rn.
II. Zur tatrichterlichen Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO	
1. Zur Anwendung des § 287 ZPO im Unterhaltsverfahren	728
2. Zur Schätzung nach § 287 ZPO	733
3. Zu den Schätzungsvoraussetzungen	736

§ 7 Unterhalt zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern

1. Abschnitt: Ansprüche der Mutter oder des Vaters eines nichtehelichen Kindes gegen den anderen Elternteil und damit zusammenhängende Ansprüche

I. Allgemeines	1
II. Die einzelnen Ansprüche	
1. Der Anspruch auf Erstattung von Schwangerschafts- und Entbindungskosten	7
2. Die Ansprüche auf Unterhaltsleistung	11
3. Der Anspruch auf Übernahme von Beerdigungskosten	30
4. Ansprüche bei Totgeburt des Kindes oder Fehlgeburt	31
III. Rangfragen und Ersatzhaftung	33
IV. Geltendmachung rückständiger Beträge und Verjährung	
1. Unterhalt für die Vergangenheit	37
2. Verjährung	39
3. Verwirkung	40
V. Geltendmachung mittels einstweiliger Verfügung	41

2. Abschnitt: Unterhaltsansprüche zwischen eingetragenen Lebenspartnern

I. Allgemeines	
1. Die eingetragene Lebenspartnerschaft als Unterhaltsvoraussetzung	45
2. Die Unterhaltspflicht nach dem LPartG	46
3. Gerichtliche Geltendmachung	47
II. Die einzelnen Unterhaltsansprüche	
1. Lebenspartnerschaftsunterhalt nach § 5 LPartG	48
2. Trennungunterhalt nach § 12 LPartG	51
3. Der nachpartnerschaftliche Unterhalt nach § 16 LPartG	55

§ 8 Unterhalt und Sozialleistungen

1. Abschnitt: Das Verhältnis von Sozial- und Unterhaltsrecht

I. Die verschiedenen Sozialleistungen	1
II. Die Reform des Sozialrechts zum 1. 1. 2005	4
III. Sozialleistungen als anrechenbares Einkommen im Unterhaltsrecht	
1. Einkommensersetzende Sozialleistungen	5
2. Subsidiäre Sozialleistungen	7
3. Bedürftigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen	10

Inhaltsverzeichnis § 8

Inhalt

	Rn.
4. Leistungsfähigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen	13
5. Verwirklichung des Nachrangs und Rechtsschutz	15
2. Abschnitt: Sozialhilfe und Unterhalt	
I. Abgrenzung von Sozialhilfe und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II	18
II. Hilfebedürftigkeit	
1. Bedarfsgemeinschaft	23
2. Einsatz des Einkommens und des Vermögens	29
III. Hilfe zum Lebensunterhalt	
1. Anspruchsberechtigung	46
2. Notwendiger Unterhalt	47
IV. Sonstige Hilfearten	57
V. Der Übergang des Unterhaltsanspruchs auf den Sozialhilfeträger	
1. Abgrenzung des § 94 SGB XII vom Übergang anderer Ansprüche	60
2. Übergehende Unterhaltsansprüche; Ausschluss des Anspruchsübergangs ..	62
3. Umfang des Forderungsübergangs	69
4. Wirkung des Anspruchsübergangs	77
5. Unterhalt für die Vergangenheit, Rechtswahrungsanzeige	81
6. Unterhaltsverzicht und Unterhaltsvereinbarungen	83
7. Laufende Zahlung des Unterhalts	84
8. Unterhalt volljähriger Kinder	85
9. Unbillige Härte	87
VI. Sozialhilferechtliche Vergleichsberechnung	
1. Rechtslage bis zum 31. 12. 2004	91
2. Inhalt der gesetzlichen Neuregelung	92
VII. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs im Prozess	
1. Konsequenzen des Anspruchsübergangs	107
2. Rückübertragung des übergegangenen Unterhaltsanspruchs	111
3. Erneute Abtretung an den Sozialhilfeträger	119
4. Konkurrenz zwischen Unterhaltsberechtigtem und Sozialhilfeträger	120
5. Abänderungsklage	123
VIII. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs	
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Sozialhilfeträger ...	124
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsberechtigten	126
3. Abschnitt: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Unterhalt	
I. Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	
1. Verhältnis zur Sozialhilfe und zur Grundsicherung für Arbeitsuchende ...	135
2. Voraussetzungen und Art der Leistungen	138
3. Bewilligungszeitraum	146
II. Das Verhältnis von Unterhaltsansprüchen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	
1. Überblick	147
2. Bedarfsgemeinschaft	149
3. Unterhalt zwischen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten (Lebenspartnern); Betreuungsunterhalt nach § 1615 I BGB	152

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 8

	Rn.
4. Elternunterhalt	154
5. Unterhalt volljähriger Kinder	167
6. Unterhalt zwischen Verwandten zweiten Grades	170
4. Abschnitt: Die Grundsicherung für Arbeitsuchende und Unterhalt	
I. Grundsicherung und Sozialhilfe	
1. Die Reform des Sozialrechts zum 1. 1. 2005	171
2. Abgrenzung von der Sozialhilfe und der Jugendhilfe	175
3. Zuständigkeiten	176
II. Anspruchsvoraussetzungen	
1. Berechtigter Personenkreis	178
2. Alter	186
3. Gewöhnlicher Aufenthalt	187
4. Erwerbsfähigkeit	188
5. Hilfebedürftigkeit; Einsatz von Einkommen und Vermögen	189
III. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	200
1. Arbeitslosengeld II	201
2. Sozialgeld	210
3. Berechnung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes	212
4. Sonstige Geldleistungen	214
5. Ausschließlichkeit der Leistungen nach dem SGB II	218
IV. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen bei Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende	
1. Erwerbsobliegenheit	219
2. Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende als unterhaltsrechtliches Einkommen des Pflichtigen	220
V. Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende durch den Unterhaltsberechtigten; Anspruchsübergang	
1. Subsidiarität der Grundsicherung	225
2. Anspruchsübergang	228
3. Kraft Gesetzes übergehende Unterhaltsansprüche	232
4. Umfang des Anspruchsübergangs	238
5. Unterhalt für die Vergangenheit	245
6. Vergleichsberechnung	248
7. Keine Härteregelung	251
8. Laufende Zahlung des Unterhalts	252
9. Geltendmachung des übergegangenen Anspruchs	253
10. Rückübertragung und erneute Abtretung des Unterhaltsanspruchs	255
VI. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs	
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch die Träger der Grundsicherung	256
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsempfänger	261
5. Abschnitt: Unterhaltsvorschuss und Unterhalt	
I. Die Voraussetzungen des Unterhaltsvorschusses	262
II. Anspruchsübergang	270
III. Verhältnis von Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende zum Unterhaltsvorschuss	276

6. Abschnitt: Ausbildungsförderung und Unterhalt

I. Voraussetzungen und Dauer der Förderung	279
II. Das Verhältnis von Ausbildungsförderung und Unterhalt	
1. Ausbildungsförderung und Vorausleistung	286
2. Anspruchsübergang	288

§ 9 Auslandsberührung

1. Abschnitt: Materielles Recht

I. Rechtsquellen	1
II. Definition der Unterhaltspflicht	5
III. Anwendbares materielles Recht – Unterhaltsstatut	
1. Gesetzliche Grundlagen	9
2. Vorbehalt nach Art. 15 HUÜ	9 a
3. Gewöhnlicher Aufenthalt	10
4. Gemeinsame Staatsangehörigkeit	11
5. Recht des Gerichtsstaats	16
6. Verstoß gegen den Ordre Public	16 a
7. Folgen einer Scheidung	17
IV. Bemessung des Unterhalts	
1. Bedarfsermittlung	22
2. Bedarfskorrektur mit Hilfe der Verbrauchergeldparität	23
V. Währung	35
VI. Ausgewählte Länder	35 a
Belgien	
1. Kinderunterhalt	36
2. Ehegattenunterhalt	37
3. Familienunterhalt	40
Bosnien-Herzegowina	
1. Allgemeines	40 a
2. Kinderunterhalt	40 b
3. Ehegattenunterhalt	40 c
4. Unterhalt des außerehelichen Partners	40 d
5. Sonstiger Verwandtenunterhalt	40 e
6. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	40 f
Dänemark	
1. Kinderunterhalt	41
2. Ehegattenunterhalt	44
England und Wales	
1. Kinderunterhalt	48 a
2. Ehegattenunterhalt	48 d
3. Allgemeine Grundsätze	48 h

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 9

Finnland

1. Kinderunterhalt	48 i
2. Ehegattenunterhalt	48 o
3. Unterhaltsanspruch eines Lebenspartners	48 r

Frankreich

1. Kinderunterhalt	49
2. Ehegattenunterhalt	50
3. Familienunterhalt	56

Griechenland

1. Kinderunterhalt	56 a
2. Ehegattenunterhalt	56 b
3. Verwandtenunterhalt	56 c
4. Allgemeine Grundsätze	56 d

Irland

1. Kinderunterhalt	56 e
2. Ehegattenunterhalt	56 h

Italien

1. Kinderunterhalt	57
2. Ehegattenunterhalt	58
3. Verwandtenunterhalt	64

Kroatien

1. Kinderunterhalt	64 a
2. Ehegattenunterhalt	64 b
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	64 c
4. Verwandtenunterhalt	64 d
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	64 e

Montenegro

1. Kinderunterhalt	64 f
2. Ehegattenunterhalt	64 g
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	64 h
4. Verwandtenunterhalt	64 i
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	64 k

Niederlande

1. Kinderunterhalt	65
2. Ehegattenunterhalt	68
3. Verwandtenunterhalt	72 a
4. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	72 b

Norwegen

1. Kinderunterhalt	73
2. Ehegattenunterhalt	76

Österreich

1. Kinderunterhalt	80
2. Ehegattenunterhalt	82

Polen

1. Kinderunterhalt	92
2. Ehegattenunterhalt	97
3. Verwandtenunterhalt	104

Portugal

1. Kinderunterhalt	106
2. Ehegattenunterhalt	113
3. Verwandtenunterhalt	121
4. Unterhaltsanspruch der Kindesmutter	121 a

Rumänien

1. Kinderunterhalt	122
2. Ehegattenunterhalt	129
3. Verwandtenunterhalt	133 a

Schottland

1. Kinderunterhalt	133 b
2. Ehegattenunterhalt	133 c
3. Allgemeine Grundsätze	133 d
4. Prozessrecht	133 g

Schweden

1. Kinderunterhalt	134
2. Ehegattenunterhalt	140

Schweiz

1. Kinderunterhalt	145
2. Ehegattenunterhalt	151
3. Verwandtenunterhalt	165

Serbien

1. Kinderunterhalt	165 a
2. Ehegattenunterhalt	165 b
3. Unterhalt der Mutter eines Kindes und des außerehelichen Partners	165 c
4. Verwandtenunterhalt	165 d
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	165 e

Slowenien

1. Kinderunterhalt	165 f
2. Ehegattenunterhalt	165 g
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	165 i
4. Verwandtenunterhalt	165 k
5. Allgemeine Vorschriften	165 l

Spanien

1. Kinderunterhalt	167
2. Ehegattenunterhalt	173
3. Verwandtenunterhalt	178 a

Tschechische Republik

1. Kinderunterhalt	179
2. Ehegattenunterhalt	184
3. Verwandtenunterhalt	189 a

Türkei

1. Kinderunterhalt	191
2. Ehegattenunterhalt	195
3. Verwandtenunterhalt	209 a

Ungarn

1. Kinderunterhalt	210
2. Ehegattenunterhalt	216
3. Verwandtenunterhalt	218 a

Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

1. Kinderunterhalt	220
2. Ehegattenunterhalt	223



Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 10

	Rn.
2. Abschnitt: Verfahrensrecht einschließlich Vollstreckung	
I. Rechtsquellen	225
II. Internationale Zuständigkeit und Verfahren	
1. Internationale Zuständigkeit	228
2. Vollstreckungsklage (§§ 722, 723, 328 ZPO)	237
3. Abänderung ausländischer Urteile	248
4. Einstweiliger Rechtsschutz	258
III. Anerkennung und Vollstreckung nach Staatsvertragsrecht	259
IV. Beitrittsgebiet (ehemalige DDR)	268

§ 10 Verfahrensrecht

1. Abschnitt: Verfahrensgegenstand, Zuständigkeit und Gericht

I. Überblick	1
II. Verfahrensgegenstand	
1. Die Familiensachen der gesetzlichen Unterhaltspflicht	2
2. Die Nichtfamiliensachen	4
III. Bestimmung des zuständigen Gerichts (Kompetenzkonflikt)	6
IV. Das Familiengericht	
1. Die sachliche Zuständigkeit	9
2. Die örtliche Zuständigkeit	11
3. Abgabe und Verweisung	12
4. Der Familienrichter	16

2. Abschnitt: Die Schaffung und Abänderung von Unterhaltstiteln

I. Die allgemeine Leistungsklage	
1. Allgemeines	133
2. Rechtsschutzbedürfnis und Titulierungsinteresse	134
3. Die Parteien, gesetzliche Vertretung Minderjähriger und Prozessstandschaft	135
4. Streitwert/Aufrechnung	135 e
II. Zusatzklage, Nachforderungsklage, Teilklage	136
III. Abänderungsklage (§ 323 ZPO)	
1. Allgemeines	138
2. Rechtsnatur	139
3. Streitgegenstand	140
4. Anwendungsbereich	141
5. Abgrenzung zwischen Abänderungs- und Vollstreckungsabwehrklage (§ 767 ZPO) bzw. zur Vollstreckungserinnerung (§ 766 ZPO)	145
6. Abgrenzung von Abänderungsklage und negativer Feststellungsklage	150
7. Abgrenzung zwischen Abänderungs- und Zusatz- bzw. Nachforderungsklage	151
8. Abgrenzung zwischen Abänderungsklage und Rechtsmittel	153

	Rn.
9. Zulässigkeit der Abänderungsklage	154
10. Begründetheit der Abänderungsklage	158
11. Beweislast im Abänderungsverfahren	166
12. Die Abänderungsentscheidung	167
13. Die Schuldtitel des § 323 IV ZPO	168
14. Grundlagen und Ausmaß der Abänderung von <u>Vergleichen und anderen Titeln</u>	169
15. Abänderungsklage und vereinfachtes Verfahren nach § 655 ZPO	175
16. Übergangsregelungen nach Art. 3 II Unterhaltsänderungsgesetz 2008	176 a
IV. Vollstreckungsabwehrklage (§ 767 ZPO)	
1. Gegenstand	177
2. Zuständigkeit gemäß § 767 I ZPO	179
3. Anwendbarkeit auf andere Titel als Urteile	180
4. Einwendungen	181
5. Rechtskraft/Rechtsschutzbedürfnis	183
6. Verzicht auf Klage	184
7. Verbindung der Vollstreckungsabwehrklage mit einer Abänderungsklage	185
8. Abwehrklage und negative Feststellungsklage bzw. Leistungsklage	186
9. Abwehrklage und Berufung	187
10. Abwehrklage und vorausgegangenes Versäumnisurteil	188
11. Vollstreckbarkeit und Streitwert	189
V. Feststellungsklage (§ 256 ZPO)	
1. Allgemeines	190
2. Feststellungsinteresse	191
3. Abgrenzung zu anderen Verfahren	193
4. Prüfungs- und Entscheidungsumfang	194
5. Darlegungs- und Beweislast	195
6. Rechtskraft	196
7. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	197
8. Streitwert	198
VI. Bereicherungs- und Erstattungsklage, Schadensersatzklage	199
VII. Drittschuldnerklage	202
VIII. Isolierte Auskunftsklage	203
IX. Stufenklage	213
X. Anpassungsklage bei außergerichtlicher Unterhaltsvereinbarung	220
XI. Mahnverfahren (§§ 688 ff. ZPO)	221
XII. Wiederaufnahmeverfahren (§§ 578 ff. ZPO)	222
XIII. Die Widerklage	
1. Allgemeines	224
2. Erhebung der Widerklage	224 b
3. Die allgemeinen Prozessvoraussetzungen	224 c
4. Der Zusammenhang des § 33 I ZPO	224 d
5. Der Zusammenhang von Klage und Widerklage	224 e
6. Die Parteien der Widerklage	224 f
7. Identität der Prozessart von Klage und Widerklage	224 g

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 10

	Rn.
8. Sonderformen der Widerklage, Hilfswiderklage	224 h
9. Feststellungswiderklage	224 i
10. Wider-Widerklage	224 j
11. Gerichtsstandsvereinbarungen	224 k
3. Abschnitt: Vorläufige Regelung und Sicherung von Unterhaltsansprüchen	
I. Die einstweilige Anordnung in Unterhaltsverfahren	
1. Die einstweilige Anordnung im Scheidungsverbundverfahren	226
2. Die einstweilige Anordnung im Vaterschaftsfeststellungsverfahren nach § 641 d ZPO	247
3. Die einstweilige Anordnung in Unterhaltssachen gemäß § 644 ZPO	248
II. Die einstweilige Verfügung	
1. Allgemeines	250
2. Zuständigkeit	251
3. Voraussetzungen	252
III. Arrest (§§ 916 ff. ZPO)	262
4. Abschnitt: Rechtsmittel in Unterhaltssachen	
I. Die Fortführung der Instanz	267
II. Die PKH-Beschwerde	268
III. Berufung	
1. Allgemeines	269
2. Zuständigkeit und Eingang	270
3. Anwaltszwang	272
4. Übergangsrecht	272 a
5. Frist	273
6. Die Berufungsschrift	273 a
7. Berufungssumme/Beschwer	276
8. Berufungsbegründung	277
9. Berufungserweiterung, Klagerweiterung	287
10. Klageänderung/Parteiänderung	289
11. Die Berufungserwiderung	290
12. Verbund in 2. Instanz	291
13. Das Berufungsurteil	292
14. Rücknahme/Verzicht	295
15. Prozesskostenhilfe im Berufungsverfahren	299
16. Der Einzelrichter seit dem 1. 1. 2002	300 a
17. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	301
18. Neuere BGH-Rechtsprechung zur Wiedereinsetzung	304
IV. Anschlussberufung (§ 524 ZPO)	305
V. Die Revision	312
VI. Beschwerden: Sofortige Beschwerde und Rechtsbeschwerde	
1. Sofortige Beschwerde	319
2. Rechtsbeschwerde	320

	Rn.
5. Abschnitt: Das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger (§§ 645–660 ZPO)	
1. Allgemeines	321
2. Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens	322
3. Anpassung von Unterhaltsrenten, Abgrenzung zu anderen Verfahren	324
4. Erstmalige Unterhaltsfestsetzung i. S. d. § 645 II ZPO	326
5. Formalien, Kosten, Streitwert und PKH	327
6. Zurückweisung des Antrags	331
7. Verbindung mehrerer Verfahren	332
8. Mitteilung an Antragsgegner	333
9. Einwendungen des Antragsgegners	334
10. Folgen der Einwendungen	338
11. Der Festsetzungsbeschluss (§ 649 ZPO)	339
12. Rechtsmittel gemäß § 652 ZPO	341
13. Das weitere Verfahren bis zum Teilbeschluss gem. § 650 S. 2 ZPO	344
14. Das streitige Verfahren des § 651 ZPO	345
15. Der Mindestunterhalt bei Vaterschaftsfeststellung gemäß § 653 ZPO	347
16. Die Abänderungsklage des § 654 ZPO	350
17. Die Kindergeldänderung gem. § 655 ZPO	354
18. Die Änderungskorrekturklage des § 656 ZPO	356
19. Übergangsregelungen	358
	<i>Seite</i>
Anhang D: Düsseldorfer Tabelle 2008	1539
Anhang R: Rechtsprechungsauszüge	1545
Register der auszugsweise abgedruckten Entscheidungen	1973
Sachverzeichnis	1979